

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

11. Juni 1951.

234/A.B.
zu 278/JAnfragebeantwortung.

In Beantwortung einer Anfrage der Abg. Dr. S t ü b e r und Genossen, betreffend die von den Alliierten beschlagnahmten Häuser und Wohnungen, teilt Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. G r u b e r mit:

"Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um schriftlich und mündlich bei den zuständigen Stellen der Besatzungsmächte die Herabsetzung der Beschlagnahmungen von Häusern und Wohnungen auf das unumgänglich notwendige Mindestmass zu betreiben. Diese Anstrengungen dürften mit dazu geführt haben, dass im Laufe der Zeit ein grosser Teil der seinerzeit erfolgten Beschlagnahmungen rückgängig gemacht wurde und laufend weitere Freigaben erfolgen und dass ein Teil der Besatzungsmächte damit begonnen hat, Ubikationen für die Unterbringung seiner Leute zu bauen, die später in das Eigentum des Bundes übergehen sollen, was mir die beste Lösung dieses Problems zu sein scheint. Wie bisher werde ich jedoch auch in Zukunft nichts unversucht lassen, um unter Hinweis auf die in Österreich herrschenden Wohnverhältnisse und die durch die Beschlagnahmungen den Betroffenen erwachsenden Härten auf eine Freigabe aller nicht dringend benötigten Häuser und Wohnungen zu drängen."

-.-.-.-.-